

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 27. Februar 2023

Gestärkte Reserve statt Zwangsdienst: Drei Gründe gegen die Wehrpflicht und drei Maßnahmen zur Stärkung von Attraktivität und gesellschaftlicher Anerkennung der Bundeswehr

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat uns noch einmal schmerzlich vor Augen geführt, wie sehr die Bundeswehr über Jahre vernachlässigt wurde. Viele Menschen stellen sich die Frage, wie Deutschland seiner Rolle in der aktuellen sicherheitspolitischen Lage überhaupt gerecht werden und im Ernstfall einsatzfähig sein kann. **Nach Jahren der Vernachlässigung unserer Streitkräfte muss es deshalb unser Ziel sein, die Bundeswehr zu einer der modernsten und schlagkräftigsten Armeen Europas zu machen.** Mit dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro haben wir Freie Demokraten in der Bundesregierung dafür entscheidende Weichen gestellt. Jetzt gilt es, diesen Impuls für eine nachhaltige Stärkung und Modernisierung zu nutzen. Dazu gehört neben einer deutlichen Verbesserung der Ausstattung und Finanzierung **auch die gesellschaftliche Wertschätzung der Bundeswehr.**

Eine **Debatte über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht wäre dagegen kontraproduktiv.** Sie stünde der notwendigen Modernisierung der Bundeswehr im Weg und würde stattdessen **von den wahren Problemen ablenken.** Dabei muss alle Kraft darauf konzentriert werden, die Bundeswehr zu einer hochprofessionellen Hightech-Armee auszubauen. Dazu braucht sie gut ausgebildete Spezialisten zum Beispiel im Umgang mit komplexen Waffensystemen oder bei der Cyber-Aufklärung. Vor allem aber: Als Begründung für die Wehrpflicht wird immer wieder die Erleichterung der Rekrutierung von Personal angeführt. Damit macht man es sich jedoch zu einfach. **Wir müssen vielmehr die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber und ihre gesellschaftliche Anerkennung stärken.** Denn die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist insbesondere aus drei Gründen keine Option. Stattdessen fordern wir Freie Demokraten drei Maßnahmen zur Stärkung der Attraktivität und der gesellschaftlichen Anerkennung der Bundeswehr.

Drei Gründe gegen eine Neuauflage der Wehrpflicht:

1. Die Bundeswehr ist überhaupt nicht mehr auf die Wehrpflicht ausgelegt. Der mit einer neuen Wehrpflicht verbundene **Aufbau neuer Strukturen wäre ein langwieriger Prozess, der in den nächsten Jahren zu weniger statt zu mehr Handlungsfähigkeit führen** würde. Eine professionelle Freiwilligenarmee ist einer Wehrpflichtigenarmee in der heutigen Zeit außerdem deutlich überlegen. Das wird auch international so gesehen: In der NATO haben aktuell nur noch

fünf der 30 Mitgliedstaaten die Wehrpflicht. Ein hohes Maß an Professionalität ist entscheidend für moderne und schlagkräftige Streitkräfte, mit einer Wehrpflicht geht das nur schwer zusammen. Eine Wehrpflicht wäre darüber hinaus mit erheblichen Kosten verbunden, wir müssen verfügbare Mittel jedoch unmittelbar in moderne Streitkräfte und damit auch in mehr Sicherheit investieren.

2. Die Wehrpflicht ist ein massiver **Eingriff in das Leben und die Freiheitsrechte junger Menschen**. Gerade diese mussten während der Corona-Pandemie aufgrund zahlreicher Einschränkungen ihre persönlichen Ziele zurückstellen. Viele leisten auch **durch freiwilliges Engagement bereits jetzt** einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels wäre es außerdem fatal, ihnen **den sofortigen Weg in Ausbildung, Studium oder Beruf zu versagen**. Vielmehr sollen sie ihr Leben individuell und selbstbestimmt gestalten können.
3. Es stellt sich die Frage der **Wehrgerechtigkeit**, die sich aus dem **Grundgesetz** ergibt. Knapp 2,5 Millionen Deutsche sind zwischen 18 und 20 Jahre alt. Realistischerweise könnte nur ein Bruchteil dieser jungen Menschen für den Wehrdienst tatsächlich eingezogen werden. Das würde zu einer Ungleichbehandlung führen, die nur schwer zu begründen ist. Auch eine unterschiedliche Behandlung von Frauen und Männern wäre in der heutigen Zeit nicht mehr zu rechtfertigen.

Drei Forderungen zur Stärkung der Attraktivität und der gesellschaftlichen Anerkennung der Bundeswehr:

1. Wir brauchen eine **Stärkung der Reserve** der Bundeswehr: Denn Reservistinnen und Reservisten sind nicht nur ein Bindeglied zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Sie könnten darüber hinaus eine noch stärkere Komponente einer modernen und schlagkräftigen Bundeswehr werden, weil Praktiker und Profis in die Bundeswehr eingebunden werden. Das reicht von IT-Experten, die zeitweise tätig sind, über mehr Menschen, die in **neuen Heimatschutz-Einheiten** militärische Kenntnisse und Reserve für Katastrophenschutz vorhalten, bis hin zu Top-Führungskräften, die ihr Know-how einbringen. In diesem Rahmen sollte geprüft werden, ob nach dem Vorbild der „Cyber-Reserve“ zusätzliche konzeptionell weiterentwickelte Bereiche der Reserve entstehen, in denen ein regelmäßiger Einsatz und dauerhafter Wissenstransfer zwischen Bundeswehr, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stattfindet. Denkbar wäre auch, dass sich Selbstständige oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines zivilen Unternehmens, die nicht Berufssoldatinnen und -soldaten werden wollen, freiwillig verpflichten, über einen längeren Zeitraum hinweg monatliche Wehrübungen oder andere Dienstleistungen im Rahmen von konzeptionell weiterentwickelten Reserve-Bereichen wie der „Cyber-Reserve“ abzuleisten. Ein Anreiz dafür, dass besonders erfahrene und kompetente Führungskräfte der Reserve der Bundeswehr erhalten bleiben, könnte außerdem sein, dass **Reservistinnen und Reservisten wie in den USA auch den Generalsrang erreichen** können. Die Auszeichnung „Partner der Reserve“ ist zudem ein wichtiges Element, um herausragendes Engagement von Arbeitgebern für die Reserve zu würdigen. Diesen Ansatz wollen wir stärken.

2. Die Bundeswehr muss **als Arbeitgeber noch attraktiver** werden. Dazu braucht sie insbesondere eine **bessere Personalgewinnung**, um die Zahl der Berufssoldatinnen und -soldaten deutlich zu erhöhen. **In diesem Sinne muss die Bundeswehr selbstverständlich auch an Schulen über ihre attraktiven Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten informieren** und werben können – etwa im Rahmen von Tagen zur Berufsbildung. Statt einer Debatte um die Wehrpflicht, wäre dies ein naheliegender Schritt, um junge Menschen für die Bundeswehr zu gewinnen. Schließlich verfügt die Bundeswehr nicht zuletzt über zwei Spitzen-Universitäten und eine Vielzahl von attraktiven Ausbildungswegen. Während vor kurzem noch über die Verbannung der Bundeswehr aus Schulen diskutiert wurde, spricht man jetzt über Zwangsverpflichtungen. Warum nicht erstmal die **Präsenz der Bundeswehr in Schulen verstärken**? Wir schlagen vor, dass in den für Schulpolitik zuständigen Ländern ein deutliches politisches Zeichen gesetzt wird: Indem **alle Landtage in Deutschland Beschlüsse fassen**, dass die Bundeswehr in Schulen willkommen und notwendig ist.

3. Wir müssen die **gesellschaftliche Anerkennung unserer Soldatinnen und Soldaten stärken**. In Anlehnung an die Arbeit von Jugendoffizieren könnten Bürgeroffiziere in allen gesellschaftlichen Interessengruppen den Diskurs fördern. Und: Warum nicht etwa **Gelöbnisse oder Beförderungen in der Mitte der Gesellschaft auf öffentlichen Plätzen**, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Politik durchführen? Vermehrte Gelöbnisse und Zapfenstreiche vor dem Reichstag sind hier bereits Schritte in die richtige Richtung. Der Tag der Bundeswehr sollte außerdem jedes Jahr von einem **zentralen Festakt** in Berlin und durch hochrangige politische Präsenz an den durchführenden Standorten begleitet werden. Mit einem **Ehrenmal** in der Nähe des Reichstagsgebäudes können wir darüber hinaus den Einsatzkräften Tribut zollen, die weltweit im Einsatz für unser Land ihr Leben verloren haben.